		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	Frage	Welche Maßnahmen planen sie, um den bestehenden Fachkräftemangel über den bekannten Stufenplan hinaus, zu verhindern/ zu beseitigen?	Wie wollen Sie die Ausbildungsbedingungen (Vergütung) verbessern/ausbauen?	Wie wollen Sie eine Fachkräftegewinnung außerhalb der Ausbildungswege etablieren (Quereinsteiger)?	Welche Maßnahmen planen Sie, um die 3. Kraft in jeder Ü3 Gruppe in Niedersachsen zu verpflichten?	Wir erwarten, dass die Ganztagsbetreuung in Grundschule dem Standard des Hortes erfüllt. Unterstützen Sie dieses Erwartung?	Welche Gesetzesanpassungen planen Sie, um dem Standard Hort aufrecht zu erhalten?	Welche Anpassungen/Änderungen/Erweiterungen planen Sie für das KitaG in der kommenden Legislatur?	Planen Sie zusätzliche Investitionen, um das Kita G zu reformieren?	Wie wollen Sie es umsetzen, Kindern mit Inklusionsbedarf einen wohnortnahen Inklusionsplatz anzubieten?	Wie stärken Sie die Teilhabe von Kindern mit besonderem Förderbedarf?	Kinder die von Armut betroffen sind, erhalten oft weniger Zugang zu Grundpfeilern des Heranwachsens (z.B. gesundes Essen) und Bildungsangebote (z. B. Musikschule). Was unternehmen Sie, um Kindern diesen Zugang zu ermöglichen?	Unterstützen Sie eine zeitnahe Gebührenfreiheit?	Was planen Sie um die Gebührenfreiheit auch für Krippe und Hort umzusetzen?
Thomas Ernst Erich Emil Ganskow	Piraten	Wir setzen uns für die umfassende Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Betreuungsmöglichkeiten und Arbeitsvergütung, sowie eine landesweite Ausbildungsvergütung für Auszubildende der sozialpädagogischen Assistenz und Erzieher (m/w/d) auch in der Vollzeitausbildung in Kindertagesstätten und Horten.	Konkrete Zahlen zu benennen ist schwierig. Die Vergütung sollte jedoch im vierstelligen Bereich liegen.	Gar nicht, eine Verwässerung der Ausbildungsqualität durch Quereinsteiger lehnen wir ab und wollen die entsprechende Regelung, die dies ermöglicht, rückgängig machen.	Eine entsprechende Gesetzesänderung.	Ja	Zuerst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass auf Wunsch auch eine ganztägige Betreuung in wohnortnahen oder wahlweise arbeitsplatznahen Kindertagesstätten mit sinnvollen Öffnungszeiten für Kinder möglich sein soll, wo dies aus den beruflich-organisatorischen Gründen der Eltern notwendig ist. Generell streben wir jedoch eine Regelbetreuungszeit von 6, maximal 8 Stunden für ein- bis zweijährige Kinder an, da diese in dieser frühen Lebensphase ansonsten nur noch am Wochenende durchgehend Zeit mit den Erziehenden verbringen können. Auch hier bedarf es der entprechenden Anpassungen im KitaGes	Der Aufbau von inklusiven Kitas und die dazugehörende Fortbildung zu Heilerziehenden soll initiiert und gefördert werden. Zeiten für die Vor- und Nachbereitung müssen realistisch bemessen sein. Gruppengrößen müssen massiv verringert werden, der Betreuungsschlüssel muss angepasst werden. Leitungspersonen sollen von der Betreuungstätigkeit freigestellt sein. Zudem fordern wir größtmöglichen Infektionsschutz für alle Kitas, in denen ein guter Luftaustausch nicht sicher gewährleistet werden kann. Dazu soll eine vollständige Kostenübernahme für mobile Luftfilter und Lüftungsanlagen sichergestellt werden. Nicht erst seit Corona ist die Notwendigkeit dafür gegeben, auch zu "normalen" Erkältungszeiten besteht für Kinder und Erziehungspersonal ein erhöhtes Infektionsrisiko.	ja	Durch entspechende finanzielle Förderung, siehe vorherige Antwort	Durch Heranbildung von Personal für diesen speziellen Anspruch.	Um die Möglichkeiten der Förderung zu nutzen, sollte jedes Kind die Möglichkeit haben, in eine Kindertagesstätte zu gehen, wenn die Eltern das so möchten. Der Zugang dazu darf nicht an eventuell mangelnden finanziellen Möglichkeiten der Eltern scheitern. Wir setzen uns deshalb für einen komplett kostenfreien Besuch einschließlich Verpflegung ein. Wir sehen ebenfalls, dass der ausschließliche Verweis auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Leistungen nach dem BuT nicht ausreichend sind und wollen hier weitergehende finanzielle Unterstützung ermöglichen.	ja	Die entsprechende gesetzliche Grundlage einzubringen.
Luca Schroeder	Die Partei	Mehr Fachkräfte, keine Stellen streichen, Ausbildung vergüten	Mit Geld. Viel Geld	Attraktive Arbeitsbedingungen, geförderte Umschulungen, Hochbahnsteige	Zur Pflicht machen, Eid leisten	ja	Dies betrifft nicht meine Kernkompetenz	Kita. Besser. Machen	ja	Mehr Kitas, mehr Plätze	Teilnahme fördern! Mehr Inklusion!	Kindergeld erhören, Sozialstaat wieder aufbauen, Subventionen	ja	Gebühren abschaffen
Norbert Heinrich Gast	Grüne	Um Fachkräfte für die Arbeit in der Kita zu gewinnen, benötigen wir gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Das bedeutet für mich insb. eine VErbesserung des Betreuungsschlüssels und eine bessere Bezahlung. Wir GRÜNEN setzen uns auch dafür ein, eine armutsfeste Ausbildungsvergütung auf den Weg zu bringen und die berufsbegleitende Ausbildung zu stärken. Zudem wollen wir Wiedereinstiegs- und Umschulungsprogramme auf den Weg bringen, um mehr Menschen einen Neu- oder Quereinstieg in den Erzieher*innenberuf zu ermöglichen. Hierzu gehört auch eine Erleichterung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.	Wir wollen eine armutsfeste Ausbildungsvergütung auf den Weg bringen und die berufsbegleitende Ausbildung stärken.	Wir wollen Umschulungsprogramme auf den Weg bringen, um mehr Menschen einen Quereinstieg in den Erzieher*innenberuf zu ermöglichen.	Wir wollen eine Überarbeitung und Beschleunigung des Stufenplans hin zu einer echten dritten Kraft.	ja	Aus meiner Sicht ist es wichtig für eine hohe Qualität in der Ganztagsbetreuung auch im weiteren Ausbau (Rechtsanspruch) zu sorgen.	Aus meiner Sicht ist es wichtig für eine hohe Qualität in der Ganztagsbetreuung auch im weiteren Ausbau (Rechtsanspruch) zu sorgen.	ja	Die Umsetzung der Inklusion muss endlich gesetzlich geregelt werden. Dafür schreiben wir in jeder Gruppe eine heilpädagogische Expertise fest und starten hierfür eine Fortbildungsoffensive. Unser Ziel ist es, flächendeckend Einrichtungen mit barrierefreien Räumlichkeiten im gesamten Land zu erreichen. Ein Beitrag hierfür ist die Festschreibung von Barrierefreiheit und eine behinderten gerechte Ausstattung bei Kita Neuerrichtungen und größeren Umbauten.	Wir wollen eine Förderung von Anfang an. Das bedeutet für mich inklusive Kitas, Sprachförderung, Fortbildungsangebote und auch die Weiterentwicklung von Kitas zu Familienzentren	Wir wollen mehr Geld in soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche investieren, unterstützen Quartiersarbeit und Nachbarschaftsinitiativen, fördern Jugendzentren und weiten schulische Ganztagsangebote aus. Wir fördern den Aufbau von Präventionsketten, die ein abgestimmtes Vorgehen aller Akteur*innen aus den Bereichen Bildung, Gesund heit, Kultur und Sport sowie eine kontinuierliche Entwicklungsförderung in allen Lebensphasen des Kinder und Jugendalters ermöglichen.	nein	Für uns hat die Verbesserung und Sicherung der Qualität vorrang vor einer zeitnahen Gebührenfreiheit.
Lucas Wendel	Volt	Um langfristig Fachkräftemangel zu verhindern/zu beseitigen, ist es einerseits (wie bereits bekannt) notwendig, so viele Menschen wie möglich in Arbeit zu bringen, unter anderem durch eine Attraktivitätssteigerung von Arbeit und der vorausgesetzten Bildung. Darüber hinaus ist langfristig aber auch die Schulbildung und eine strukturierte, europäische Migrationspolitik wichtig. Durch eine veränderte Schulbildung kann dem klassischen akademischen Werdegang als Ideal unserer Gesellschaft entgegengewirkt werden, was zu mehr Fachkräften in den nicht-akademischen Bereichen führt, in denen diese derzeit fehlen. Eine europäische Migrationspolitik kann zudem dazu beitragen, dass Fachkräfte aus dem Ausland schneller in Arbeit gelangen oder sogar gefördert werden, wie beispielsweise durch Systeme wie die BlueCard der Europäischen Union. Dies ist unter anderem für MINT Berufe von großer Bedeutung.	Ausbildungskosten sollten grundsätzlich als gesellschaftliche Aufgabe gesehen und daher vom Land übernommen werden. Dafür ist die Einrichtung eines Bildungsfonds äußerst sinnvoll. Aber auch die Kostensenkung von Ausbildungen grundsätzlich sollte angestrebt werden, beispielsweise durch kostenlose Lehrmittel in Form von offenen Bildungsplattformen und freiem Bildungsmaterial ("open educational resources").	Grundsätzlich sollte der Fokus eher darauf liegen, die Ausbildungen zugänglicher zu machen (z.B. durch weniger Abhängigkeit von Geld oder durch Abschaffung der Pflicht zum erneuten Lernen bereits erlernter Kenntnisse). Daneben sollte es jedoch auch leichter gemacht werden Quereinstiege zu ermöglichen bzw. zu prüfen, ob Personen bereits für Berufe geeignet sind, auch ohne offiziell anerkannte Abschlüsse. Hier sollten vor allem bürokratische Hürden gesenkt und auf mehr Freiraum der Arbeitgebenden und deren Qualitätskontrolle gesetzt werden.	Um die 3. Kraft in jeder Ü3 Gruppe möglich zu machen muss zu aller erst genügend Personal zur Verfügung stehen. Dazu benötigt es eine bessere Förderung von Auszubildenden im Bereich der sozialpädagogischen Assistenz bzw. Erzieher*in. In Städtischen Kitas muss zudem die angemessene Bezahlung sichergestellt werden.	ja	Zu dieser spezifischen Frage gibt es seitens meiner Partei und meiner Person keinen offiziellen/expliziten Plan. Grundsätzlich sollte aber am ehesten das Niedersächsische Schulbildungsgesetzt mit einer entsprechenden Verpflichtung auf den Qualitätsstandard der Ganztagsbetreuung versehen werden (bspw. unter §23).	Das NKiTaG ist grundsätzlich nicht kritikfrei beschlossen worden. Die Notwendigkeit daher erneut mit Expert*innen über reformen zu sprechen ist damit gegeben. Explizite Anpassungsideen haben Ich und meine Partei bislang nicht.	ja	keine	keine	keine	keine	keine
Julian Klippert	Die Partei	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine
Andreas Otto Gerhard Badenhop	Volt	Wir wollen den Beruf aufwerten durch kostenfreie Bildung bzw. ein kostenfreies (duales) Studium, mehr Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie eine höhere Vergütung (vergleichbar mit Grundschullehrer*innen). Außerdem sollte man prüfen, inwieweit auch Quereinsteiger*innen in Niedersachsen die Weiterbildung zur Erzieher*in erleichtert werden kann, indem nicht mehr zwingend ein Berufsabschluss in einem pflegerischen Beruf vorausgesetzt wird	Wie schon bei der ersten Frage beantwortet: Wir wollen den Beruf aufwerten durch kostenfreie Bildung bzw. ein kostenfreies (duales) Studium, mehr Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie eine höhere Vergütung (vergleichbar mit Grundschullehrer*innen).	Derzeit wird Quereinsteiger*innen in Niedersachsen die Weiterbildung zur Erzieher*in sehr erschwert, indem zwingend ein Berufsabschluss in einem pflegerischen Beruf vorausgesetzt wird. Es sollte geprüft werden, ob man gut qualifizierte Fachkräfte auch ohne diese Voraussetzungen zulassen kann.	Unser Ziel ist ein Betreuungsschlüssel für unter Dreijährige von 1:3 bis spätestens 2030. Wenn wir den Beruf attraktiver machen und sich mehr Menschen dafür entscheiden, können wir die Dritte Kraft per Gesetze bis spätestens 2030 verpflichtend machen.	ja	Die Betreuungsangebote müssen familienfreundlich und flexibel gestaltet werden, damit besonders auch Alleinerziehende einer Arbeitstätigkeit nachgehen können.	Wir wollen die Einstellung von frühkindlichen Pädagog*innen verpflichtend machen, die in einem dualen Studium (das wir einführen wollen) ausgebildet wurden. Diese sollen ausgebildete Erzieher*innen ergänzen und die Qualität der Kindererziehung verbessern. Für die Leitungs- und Organisationsebene soll es möglich werden, auch nicht pädagogisch geschultes Personal einzustellen. Momentan entsteht für die Erzieher*innen eine Doppelbelastung durch Erziehung und organisatorische Aufgaben. Durch zusätzliches Personal für die reine Organisation sollen die pädagogischen Kräfte entlastet werden.	ja	Die Erweiterung des Betreuungschlüssels und die Einstellung von dual ausgebildeten frühkindlichen Pädagog*innen – auch mit Fachkenntnissen im Förderbereich – werden flächendeckend Verbesserungen beim Umgang mit Kindern mit Inklusionsbedarf ergeben.	Individuelle Förderung ist Grundlage unseres Bildungskonzepts. Durch die Ausrichtung am einzelnen Kind gewährleisten wir einen bewussteren Umgang mit den persönlichen Möglichkeiten, aber auch den Einschränkungen jedes einzelnen Kindes, und stärken so dessen Teilhabe.	Gesundes Essen zu bezahlbaren Preisen soll es grundsätzlich in allen Bildungseinrichtungen geben (staatlich finanziert), auch im Bereich der frühkindlichen Bildung. Gesunde Ernährung ist sowohl für den Bildungserfolg als auch für eine gesunde Gesellschaft essentiell. Ausgaben für Bildung im weitesten Sinne (also z.B. auch für Musikunterricht oder die Weiterbildung anderer außerschulischer Bildungsinteressen) soll vermehrt gesellschaftlich finanziert werden, z.B. über einen Landesbildungsfonds.	nein	Wir planen eine Gebührenfreiheit in der Kinderbetreuung eher mittelfristig.
Stefan Politze	SPD	Wir wollen das Berufsfeld aufwerten. Wir legen zusätzlich zum Stufenplan ein Programm „Zukunft Gesundheits-, Sozial- und Pflegeberufe" auf. Unser Ziel ist es, die Ausbildungsquote in allen sozialen Berufen zu erhöhen und die Rahmenbedingungen im Job zu verbessern. Das Angebot an Ausbildungsplätzen müssen wir weiter ausbauen. Das beinhaltet die Gründung von weiteren Ausbildungsschulen und ist in Absprache mit den jeweiligen Trägern zu erleichtern. Zudem werden wir zusammen mit den Sozialpartnern einen niedersächsischen Masterplan für Gute Arbeit erarbeiten. Im Mittelpunkt stehen die Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, eine moderne Weiterbildungs- und Qualifizierungspolitik, neue Modelle und Ansätze zur Arbeitsflexibilität, aber auch Fragen zur Aufrechterhaltung beziehungsweise Neudefinition von Arbeits- und Sozialstandards.	Neben der kompletten Abschaffung von Schulgeld in allen Bereichen, möchte die SPD die Ausbildungsvergütung insgesamt verbessern. Deshalb haben wir auf Bundesebene bereits 2019 eine Mindestvergütung gesetzlich verankert. Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften und wollen dementsprechend gute Ausbildungsbedingungen, die in tarifgebundene Arbeitsverhältnisse münden. Wir wollen, dass das Land als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel vorangeht.	Wir streben an, den Kita-Bereich auch für andere Berufsgruppen zu öffnen. Dies ermöglicht auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern den Einstieg in den Beruf. Bürokratische Hürden müssen dafür fallen. Langfristig werden wir mit Kampagnen an allgemeinbildenden Schulen für die sozialen Berufe werben, um deren gesamtgesellschaftliche Bedeutung zu stärken und ein Bewusstsein für die sinnstiftende Arbeit sozialer Berufe zu schaffen. Hierbei wird ein Augenmerk auf der Kampagne „Mehr Männer in den Kitas!" liegen. Kinder benötigen alle Geschlechter als vertraute Bezugspersonen und Vorbilder. Derzeit überwiegt der Anteil an Frauen als Fachkräfte in den Kitas deutlich.	In der ersten Stufe wollen wir auf gesetzlicher Grundlage und damit dauerhaft die Beschäftigung von Kräften in tätigkeitsbegleitender Ausbildung als Drittkräfte finanzieren. Die entsprechende Pauschale in Höhe von jährlich 20.000 Euro je Ausbildungskraft erlaubt eine Vergütung im Umfang von mindestens 15 Wochenstunden sowie die Finanzierung von Anleitungsstunden. In der zweiten Stufe wollen wir dritte Fachkräfte im Umfang von bis zu 20 Wochenstunden in allen Ganztagskindergärten mit 19 oder mehr belegten Plätzen.	Ja	Wir setzen auf den Ausbau von Ganztagsgrundschulen und sorgen gemeinsam mit dem Bund für deren Finanzierung. Diese sind eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wirksam gegen soziale Disparitäten und Bildungsbenachteiligung. Wir treten für eine qualitative Steigerung der Ganztagsangebote durch Förderung von Projekten und Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Sport, Kultur, Gewaltprävention und Demokratiebildung ein. Gleichzeitig fördern wir die stärkere Einbeziehung von lokalen Akteuren (z.B. Jugendverbänden, Anbieter von Programmen rund um die MINT-Fächer etc.) in das schulische Ganztagsangebot. Wir werden Ganztag und Jugendhilfe zusammendenken. Kinder und Jugendliche bedürfen vielfältiger Unterstützung und Anreize. Wir werden diese Angebote und Beratung an Schulen andocken und eng verzahnen.	Wir werden die Qualität in der Betreuung insbesondere durch eine dritte Kraft verbessern und gemäß dem Stufenplan für alle konsequent und flächendeckend umsetzen. Des Weiteren wollen wir das Zusammenspiel multiprofessioneller Teams in Kitas ausbauen und fördern. Die Praxis hat uns gelehrt, dass die Zusammenarbeit unterschiedlicher Professionen gerade für die Entwicklung von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf besonders wertvoll ist. Hierzu zählt auch der Rechtsanspruch auf Inklusion. Um diesen Ansprüchen zukünftig gerecht zu werden, sollte jeder Neubau die räumlichen Mindestvoraussetzungen erfüllen, um ein barrierefreies Angebot zu ermöglichen. Die qualitative Entwicklung der Kitas werden wir kontinuierlich vorantreiben, indem wir die Weiterentwicklung zu Familienzentren fördern und die Fachberatung stärken. Dazu werden wir die Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung (Nifbe) ausbauen.	ja	Wir werden beim Neubau die räumlichen Mindestvoraussetzungen erfüllen, um ein barrierefreies Angebot zu ermöglichen. Wir wollen zudem den Umbau im Bestand fördern. Zudem wird der Einsatz multiprofessioneller Teams, den wir planen, Kindern mit Inklusionsbedarf zugute kommen	Auch hier gilt: Der Einsatz multiprofessioneller Teams, den wir planen, wird Kindern mit Unterstützungsbedarf besonders zugute kommen, zumal in diesen Teams am besten auf die einzelnen Bedarfe reagiert werden kann.	Wir machen uns im Bundesrat stark für eine zeitnahe Einführung der Kindergrundsicherung und Integration von SGB-II-Leistungen darin, um die Teilhabe aller Kinder am gesellschaftlichen Leben zu verbessern und Kinderarmut einzudämmen. Wir werden Maßnahmen initiieren, die Kinder und Jugendliche insbesondere aus bildungsfernen Haushalten bei ihrem individuellen Ausbildungsweg unterstützen. Hier kommt es auf eine gute Vernetzung der Akteure in Schule und Jugendarbeit an.	keine	Bildung muss gebührenfrei sein – von der Kita bis zur Hochschule.
Lorenz Kies	Humanisten	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine
Niklas Till Drexler	FDP	Wir werden eine Verbesserung der Betreuungsrelation in den Kindertagesstätten schaffen und mehr Ressourcen für Leitungsaufgaben, Fortbildung, Elterngespräche, Vorbereitung und Qualitätsentwicklung zur Verfügung stellen. So schaffen wir ein attraktives Arbeitsumfeld für die Fachkräfte und stellen die Qualität in der Betreuung sicher. In einer Gruppe mit 25 Kindern können zwei Fachkräfte nicht ausreichend individuelle Bildungsarbeit mit den Kindern machen um den heutigen Ansprüchen an frühkindlicher Bildung, Entwicklung und Beobachtung gerecht zu werden. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Pandemie entwicklungsverzögernd auf viele Kinder gewirkt haben und auch immer mehr drei- und vierjährige in den Kindergartengruppen gewickelt werden müssen. Wir wollen daher die dritte Kraft im Kindergarten einführen.	Damit ausreichend Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung, aber auch im Ganztagsbereich der Grundschulen zur Verfügung stehen, werden wir eine Ausbildungsvergütung für alle Auszubildenden zur sozialpädagogischen Assistenz und für den Erzieherberuf einführen. So machen wir diese wichtigen Berufe attraktiv und ermöglichen mehr jungen Menschen die Ausbildung. Die Ausbildungskapazitäten sind in einigen Regionen in Niedersachsen erschöpft, obwohl noch Bewerberinnen und Bewerber vorhanden wären. Daher müssen die Kapazitäten erweitert werden. Eine Ausweitung scheitert aber oftmals an den fehlenden Lehrkräften im Bereich der Sozialpädagogik. Die Studienkapazitäten in Lüneburg und Osnabrück reichen nicht aus, um den Bedarf an Lehrkräften in den Ausbildungsgängen zu decken. Wir wollen daher in diesem Bereich eine bedarfsgerechte Lehrkräfteausbildung einführen und den Quereinstieg in die Lehrertätigkeit erleichtern.	Damit die Einrichtungen kurzfristig entlastet werden wollen wir Alltagshelfer und -begleiter flächendeckend fördern. Die Aufgabe dieser Kräfte wird sein den Fachkräften viele alltägliche nicht pädagogische Arbeit abzunehmen, um so den zeitlichen Raum für Bildungsarbeit zu schaffen. Perspektivisch sollte diesen Kräften dann auch ein Angebot zur praxisbegleiteten Qualifikation gemacht werden.	Wir Freien Demokraten werden eine schnelle Refinanzierung der dritten Kraft im Kindergarten durch das Land ab dem KiTa-Jahr nach der Landtagswahl 2022 umsetzen. Ab dem Kindergartenjahr 2023/2024 muss die dritte Kraft im Kindergarten refinanziert werden. Damit schaffen wir zu diesem Zeitpunkt zwar noch keine Pflicht, schaffen aber gegenüber den Trägern die Möglichkeit dritte Kräfte zu suchen, zu finden und zu finanzieren. Für viele in den letzten Jahren ausgeschiedene Fachkräfte ist es nicht attraktiv in das alte System mit zwei Fachkräften auf 25 Kindern zurückzukehren. Dennoch können sich viele eine Rückkehr in den Beruf unter besseren Rahmenbedingungen sehr gut vorstellen. Dieses Potential wollen wir nutzbar machen. Ab dem Kindergartenjahr 2027/2028 wollen wir dann die dritte Kraft verpflichtend machen.	ja	Uns Freien Demokraten gilt der Standard der Horte als Ziel für die Ganztagsbetreuung. Um die Qualität in der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen zu gewährleisten, muss das Land Standards definieren, die von Bund und Land ausreichend finanziell hinterlegt werden müssen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Qualität der Ganztagsbildung nicht vom Haushalt der Kommune und damit vom Wohnort abhängig ist. Das ist für uns ein entscheidendes Element zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Wir wollen durch den Ausbau der Betreuungsplätze und der Betreuungszeiten den Einklang von Familie und Beruf sicherzustellen, dabei werden wir Freien Demokraten die Angebote nicht gegeneinander ausspielen, sondern Eltern die Möglichkeit geben, sich für die beste Umgebung für ihr Kind entscheiden zu können. Wir schätzen die Vielfalt der Angebote und wollen diese erhalten.	Wir werden das KiTa-Gesetz reformieren und damit die Qualität in der frühkindlichen Bildung deutlich verbessern. Dazu gehören für uns eine Verbesserung der Betreuungsrelation in den Kindertagesstätten und eine schnelle Refinanzierung der dritten Kraft auch im Kindergarten durch das Land ab dem KiTa-Jahr nach der Landtagswahl 2022. Wir werden durch eine Reform der Finanzhilfe die KiTa-Finanzierung transparenter und weniger bürokratisch gestalten und mehr Ressourcen für Leitungsaufgaben, Fortbildung und Qualitätsentwicklung zur Verfügung stellen. Neben der Steigerung der Qualität ist es zentrales Anliegen, durch den Ausbau der Betreuungsplätze und der Betreuungszeiten den Einklang von Familie und Beruf sicherzustellen. Wir wollen darüber hinaus auch gesetzliche Verbesserungen in der Kindertagespflege umsetzen. Zwar wurde die Tagespflege in des neue KitaG überführt, aber die Regelungen passen nicht zur Realität in der Tagespflege.	ja	Niedersachen braucht den Anspruch auf einen inklusiven Kita-Platz. Bisher werden heilpädagogische Einrichtungen finanziell deutlich besser ausgestattet. Hier muss Gleichheit für eine freie Auswahl geschaffen werden.	Niedersachen braucht den Anspruch auf einen inklusiven Kita-Platz. Bisher werden heilpädagogische Einrichtungen finanziell deutlich besser ausgestattet. Hier muss Gleichheit für eine freie Auswahl geschaffen werden.	Wir Freie Demokraten wollen Kinder aus der Armut holen. Wir begrüßen, dass die Koalition im Bund sich darauf geeinigt hat, mit der Kindergrundsicherung bessere Chancen für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Eine einfache und unbürokratische Umsetzung sowie eine schnelle Aktive Umsetzung durch das Land sind dabei für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir Freie Demokraten wollen Familien und Alleinerziehende entlasten. Dazu wollen wir den Kinder- und Auszubildendenfreibetrag sowie den Freibetrag für Alleinerziehende anheben. Auch die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, gesetzlichen Unterhaltsleistungen und haushaltsnahen Dienstleistungen wollen wir verbessern. Am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften wollen wir festhalten. Ebenso kann es sinnvoll sein, künftig stärker mit - von der Steuerschuld abzuziehenden - Steuergutschriften zu arbeiten. Dadurch wirken Freibeträge besser für die niedrigen und mittleren Einkommen	ja	Uns ist die Steigerung der Qualität in der Bildung ein zentrales Anliegen, wir wollen durch den Ausbau der Betreuungsplätze und der Betreuungszeiten den Einklang von Familie und Beruf sicherstellen und durch eine besser Betreuungsrelation, Verfügungs-, Leitungs- und Vorbereitungszeiten und eine Ausbildungsvergütung für eine Attraktivierung des Arbeitsplatzes Kita und Krippe sorgen. Gerne würden wir der Forderung nach der Gebührenfreiheit nachkommen, sehen aber derzeit finanziell kaum Handlungsspielraum hierfür. Wir wollen den Schwerpunkt der Investitionen im frühkindlichen Bildungsbereich in eine Qualitätsoffensive legen - zur Finanzierung von einem besseren Betreuungsschlüssel, dem Platzausbau und bessere Bedingungen für Familien und Fachkräfte in Kita und Krippe.
Katharina Wieking	FDP	Wir werden eine Verbesserung der Betreuungsrelation in den Kindertagesstätten schaffen und mehr Ressourcen für Leitungsaufgaben, Fortbildung, Elterngespräche, Vorbereitung und Qualitäts-entwicklung zur Verfügung stellen. So schaffen wir ein attraktives Arbeitsumfeld für die Fachkräfte und stellen die Qualität in der Betreuung sicher. In einer Gruppe mit 25 Kindern können zwei Fachkräfte nicht ausreichend individuelle Bildungsarbeit mit den Kindern machen um den heutigen Ansprüchen an frühkindlicher Bildung, Entwicklung und Beobachtung gerecht zu werden. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Pandemie entwicklungsverzögernd auf viele Kinder gewirkt haben und auch immer mehr drei- und vierjährige in den Kindergartengruppen gewickelt werden müssen. Wir wollen daher die dritte Kraft im Kindergarten einführen.	Damit ausreichend Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung, aber auch im Ganztagsbereich der Grundschulen zur Verfügung stehen, werden wir eine Ausbildungsvergütung für alle Auszubildenden zur sozialpädagogischen Assistenz und für den Erzieherberuf einführen. So machen wir diese wichtigen Berufe attraktiv und ermöglichen mehr jungen Menschen die Ausbildung. Die Ausbildungskapazitäten sind in einigen Regionen in Niedersachsen erschöpft, obwohl noch Bewerberinnen und Bewerber vorhanden wären. Daher müssen die Kapazitäten erweitert werden. Eine Ausweitung scheitert aber oftmals an den fehlenden Lehrkräften im Bereich der Sozialpädagogik. Die Studienkapazitäten in Lüneburg und Osnabrück reichen nicht aus, um den Bedarf an Lehrkräften in den Ausbildungsgängen zu decken. Wir wollen daher in diesem Bereich eine bedarfsgerechte Lehrkräfteausbildung einführen und den Quereinstieg in die Lehrertätigkeit erleichtern.	Damit die Einrichtungen kurzfristig entlastet werden wollen wir Alltagshelfer und -begleiter flächendeckend fördern. Die Aufgabe dieser Kräfte wird sein den Fachkräften viele alltägliche nicht pädagogische Arbeit abzunehmen, um so den zeitlichen Raum für Bildungsarbeit zu schaffen. Perspektivisch sollte diesen Kräften dann auch ein Angebot zur praxisbegleiteten Qualifikation gemacht werden.	Wir Freien Demokraten werden eine schnelle Refinanzierung der dritten Kraft im Kindergarten durch das Land ab dem KiTa-Jahr nach der Landtagswahl 2022 umsetzen. Ab dem Kindergartenjahr 2023/2024 muss die dritte Kraft im Kindergarten refinanziert werden. Damit schaffen wir zu diesem Zeitpunkt zwar noch keine Pflicht, schaffen aber gegenüber den Trägern die Möglichkeit dritte Kräfte zu suchen, zu finden und zu finanzieren. Für viele in den letzten Jahren ausgeschiedene Fachkräfte ist es nicht attraktiv in das alte System mit zwei Fachkräften auf 25 Kindern zurückzukehren. Dennoch können sich viele eine Rückkehr in den Beruf unter besseren Rahmenbedingungen sehr gut vorstellen. Dieses Potential wollen wir nutzbar machen. Ab dem Kindergartenjahr 2027/2028 wollen wir dann die dritte Kraft verpflichtend machen.	Ja	Uns Freien Demokraten gilt der Standard der Horte als Ziel für die Ganztagsbetreuung. Um die Qualität in der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen zu gewährleisten, muss das Land Standards definieren, die von Bund und Land ausreichend finanziell hinterlegt werden müssen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Qualität der Ganztagsbildung nicht vom Haushalt der Kommune und damit vom Wohnort abhängig ist. Das ist für uns ein entscheidendes Element zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Wir wollen durch den Ausbau der Betreuungsplätze und der Betreuungszeiten den Einklang von Familie und Beruf sicherzustellen, dabei werden wir Freien Demokraten die Angebote nicht gegeneinander ausspielen, sondern Eltern die Möglichkeit geben, sich für die beste Umgebung für ihr Kind entscheiden zu können. Wir schätzen die Vielfalt der Angebote und wollen diese erhalten.	Qualität in der frühkindlichen Bildung deutlich verbessern. Dazu gehören für uns eine Verbesserung der Betreuungsrelation in den Kindertagesstätten und eine schnelle Refinanzierung der dritten Kraft auch im Kindergarten durch das Land ab dem KiTa-Jahr nach der Landtagswahl 2022. Wir werden durch eine Reform der Finanzhilfe die KiTa-Finanzierung transparenter und weniger bürokratisch gestalten und mehr Ressourcen für Leitungsaufgaben, Fortbildung und Qualitätsentwicklung zur Verfügung stellen. Neben der Steigerung der Qualität ist es zentrales Anliegen, durch den Ausbau der Betreuungsplätze und der Betreuungszeiten den Einklang von Familie und Beruf sicherzustellen. Wir wollen darüber hinaus auch gesetzliche Verbesserungen in der Kindertagespflege umsetzen. Zwar wurde die Tagespflege in des neue KitaG überführt, aber die Regelungen passen nicht zur Realität in der Tagespflege. So wird die Gruppenreduzierung in den Krippengruppen der Einrichtungen auf die Großtagespflege übertragen, ohne jedoch zu berücksichtig	ja	Niedersachen braucht den Anspruch auf einen inklusiven Kita-Platz. Bisher werden heilpädagogische Einrichtungen finanziell deutlich besser ausgestattet. Hier muss Gleichheit für eine freie Auswahl geschaffen werden.	Niedersachen braucht den Anspruch auf einen inklusiven Kita-Platz. Bisher werden heilpädagogische Einrichtungen finanziell deutlich besser ausgestattet. Hier muss Gleichheit für eine freie Auswahl geschaffen werden.	Wir Freie Demokraten wollen Kinder aus der Armut holen. Wir begrüßen, dass die Koalition im Bund sich darauf geeinigt hat, mit der Kindergrundsicherung bessere Chancen für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Eine einfache und unbürokratische Umsetzung sowie eine schnelle Aktive Umsetzung durch das Land sind dabei für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir Freie Demokraten wollen Familien und Alleinerziehende entlasten. Dazu wollen wir den Kinder- und Auszubildendenfreibetrag sowie den Freibetrag für Alleinerziehende anheben. Auch die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, gesetzlichen Unterhaltsleistungen und haushaltsnahen Dienstleistungen wollen wir verbessern. Am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften wollen wir festhalten. Ebenso kann es sinnvoll sein, künftig stärker mit - von der Steuerschuld abzuziehenden - Steuergutschriften zu arbeiten. Dadurch wirken Freibeträge besser für die niedrigen und mittleren Einkommen	ja	Uns ist die Steigerung der Qualität in der Bildung ein zentrales Anliegen, wir wollen durch den Ausbau der Betreuungsplätze und der Betreuungszeiten den Einklang von Familie und Beruf sicherstellen und durch eine besser Betreuungsrelation, Verfügungs-, Leitungs- und Vorbereitungszeiten und eine Ausbildungsvergütung für eine Attraktivierung des Arbeitsplatzes Kita und Krippe sorgen. Gerne würden wir der Forderung nach der Gebührenfreiheit nachkommen, sehen aber derzeit finanziell kaum Handlungsspielraum hierfür. Wir wollen den Schwerpunkt der Investitionen im frühkindlichen Bildungsbereich in eine Qualitätsoffensive legen - zur Finanzierung von einem besseren Betreuungsschlüssel, dem Platzausbau und bessere Bedingungen für Familien und Fachkräfte in Kita und Krippe.
Sabrina Kahmann	CDU	Der Aspekt des Lebenslangen Lernens hat besonderen Stellenwert. Wir brauchen eine generationenübergreifende Qualifizierungsoffensive. Ich stelle Weiterbildungsangebote in den Vordergrund. Die Durchlässigkeit beruflicher und akademischer Bildung muss erhöht werden. Gleichzeitig müssen wir Studienzweiflern- und Abbrechern Perspektiven aufzeigen und bereits erworbene Qualifikationen beim Wechsel in eine Ausbildung anerkennen. Die verstärkte Zusammenarbeit mit den Betrieben und Verbänden ist dabei genauso wichtig, wie eine bessere Finanzierung der Berufsschulen und betrieblichen Bildungsstätten.	Ich will die von uns eingeführte dualisierte Erzieherausbildung mit tariflich vereinbarter Ausbildungsvergütung ausbauen und auf ein einheitliches System einer Ausbildungsvergütung drängen, um die Attraktivität der Ausbildung für junge Menschen zu erhöhen. Ein höherer schafft zusätzlich Attraktivität. Zusätzliche Verfügungsstunden helfen und entlasten die Ausbilder bei der Begleitung und Anleitung. Ich wünsche mir ein berufsbegleitendes Bachelor- und Masterstudium für den Bereich Bildung und Erziehung und weitere bessere berufsbegleitende Angebote für sozialpä-dagogische Assistenten, damit sie sich weiterqualifizieren und als Erzieherinnen oder Erzieher mehr Verantwortung in den Einrichtungen übernehmen können.	Der Quereinstieg in den Beruf der Erzieherin und des Erziehers sowie der sozialpä- dagogischen Assistentin bzw. des sozialpädagogischen Assistenten in unseren Kindertagesstätten muss leichter werden. Die Durchlässigkeit bei akademischer und beruflicher Bildung muss erhöht werden. Ich will die öffentlichen und privaten Ausbildungskapazitäten für Fachkräfte in den Kindertagesstätten ausbauen, finanziell besser unterstützen und die Gründung neuer Schulen zur Ausbildung von Sozialassistentinnen und -assistenten sowie Erzieherinnen und Erziehern unbürokratisch zulassen.	Unser Ziel ist es, zusätzliche 10.000 Erzieherinnen und Erzieher für Nie- dersachsen zu gewinnen. Dazu gehört die Einführung der drit- ten Kraft, um einen besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel bei den Kindertagesstätten zu gewährleisten. Die bereits geschilderten Maßnahmen tragen dazu bei, die Arbeits- sowie die Ausbildungsbedingungen für das pädagogische Personal in unseren Kindertagesstätten attraktiver gestalten und verbessern.	Ja	Ich möchte das Brückenjahr im letzten Kindergartenjahr ab 2024 wieder einführen, um den Eintritt Ihres Kindes in die Schule deutlich zu erleichtern und zu verbessern, und die Schulkindergärten und weitere bestehende Kooperationen und Übergangsmodelle zwischen Kitas und Grundschulen ausbauen. Mittelfristig werden wir so eine moderne Form der Vorschulen etablieren. Ausserdem wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch angepasste Öffnungszeiten fördern und die Qualitätssicherung und -entwicklung durch anerkannte Träger unterstützen.	Das Brückenjahr zwischen Kita und Grundschule werden wir wieder einführen. Mit einem weitergehenden Ausbildungspakt zwischen Land, Kommunen und Ausbildungsträgern wollen wir nun zügig die Ausbildungskapazitäten erhöhen und 10.000 neue Fachkräfte für unsere Kindertageseinrichtungen bis 2027 gewinnen.	ja	Ich möchte ein Bausatzsystem des Landes für Neubauten von Kindertagesstätten und Schulen entwickeln, auf das die Kommunen zugreifen können. So lassen sich Kosten senken und Verfahren beschleunigen. Inklusionsplätze sind auch ein Teil davon.	Ich möchte den Inklusionsgedanken noch stärker im Kita-Alltag integrieren und die Fachberatung fördern.	Wir planen ein Investitionsprogramm auf den Weg bringen, um die Qualität der Einrichtungen nachhaltig zu fördern sowie diese Finanzhilfe verbessern und vereinfachen. Mir ist Chancengerechtigkeit besonders wichtig. Es muss sichergestellt werden, dass alle Zugang zu Bildung haben und das sollte unabhängig vom Einkommen der Eltern sein.	ja	Die nötigen Finanzmittel müssen bereitgestellt werden. Allerdings herrscht beim qualifizierten Personal in vielen Städten und Gemeinden in Niedersachsen ein großer Mangel. Wir werden deshalb in der nächsten Wahlperiode einen Schwerpunkt – auch in finanzieller Hinsicht – darauflegen, möglichst viele Fachkräfte für unsere Kindertagesstätten zu gewinnen. Wo finanzieller Spielraum entsteht, werde ich mich entschieden dafür einsetzen, dass die finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Denn Niedersachsen soll das kinderfreundlichste Bundesland werden. Dafür trete ich an.
Ana Gordana Reimann	FDP	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine
Marco Müller	Basis	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine
Schröder Köpf	SPD	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Dirk Toepffer	CDU	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Jana Rebecca Harris	AfD	per E-Mail nicht erreichbar												
Otto-Heinrich Rosenhagen	Volt	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Stephan-Peter Weil	SPD	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Felix Semper	CDU	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Gerald Heere	Grüne	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Adam Jan Golkontt	AfD	per E-Mail nicht erreichbar												
Dr. Thela Wernstedt	SPD	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Martina Machulla	CDU	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Evrim Camuz	Grüne	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Haniyeh Emami Khalkhali	FDP	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
David Schmalstieg	AfD	per E-Mail nicht erreichbar												
Tayabeh Bokah Tamejani	Linke	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Julia Stock	Grüne	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Jan Kirschnick	FDP	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Jens Keller	AfD	per E-Mail nicht erreichbar												
Jörg Venderbosch	Linke	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Alptekin Kirci	SPD	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Diana Rieck-Vogt	CDU	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Julia Willie Hamburg	Grüne	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Holger Pistol	AfD	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Felix Mönkemeyer	Linke	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												
Robert Hadrian Riedel	Nieder-sachsen X	per E-Mail nicht erreichbar												
Roxane Kirchmann	Humanisten	per E-Mail nicht erreichbar												
Reiner Friedrich Budnick	Piraten	keinerlei Interesse am familienpolitischen Diskurs in Hannover												